

1 Aktuelle Stunde Umweltzone Ruhr: Chaos pur

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/6212

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Umweltzone Ruhr: Chaos pur“ lautet die Überschrift des Antrags zur Durchführung der Aktuellen Stunde, mit dem SPD und Grüne uns heute hier klimapolitisches Kleinklein und die Einführung von wirkungslosen Minifahrverboten vorwerfen, wo doch laut Antrag eigentlich Klarheit statt Chaos gefordert ist.

Da hilft schon der klare und unverstellte Blick auf die Fakten: Auf Deutschland bezogen gehört Nordrhein-Westfalen zu den Vorreitern bei der Einführung von Umweltzonen. Nordrhein-Westfalen geht neben den Städten Berlin, Hannover in Niedersachsen und München in Bayern mit der Umweltzone in der Kölner Innenstadt bundesweit voran und hat den Mut, Erfahrungen zu sammeln bei der Umsetzung aktiver Schutzmaßnahmen für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, übrigens einen rechtlich verbrieften Anspruch, denn die Einhaltung der von der EU durch Richtlinien vorgegebenen Feinstaub- und Stickoxidhöchstwerte kann von den von unzulässigen Überschreitungen Betroffenen zukünftig eingeklagt werden. Die EU hat hier klare zeitliche Fristen zur Umsetzung der Richtlinien festgelegt. Zweifellos besteht also Handlungszwang.

Der besteht aber nicht nur bei uns. Auch in anderen europäischen Ländern gehen Regionen und Städte bei der Ausweisung von Umweltzonen voran. Insbesondere Fahrverbote für LKW, die neuere Abgasstandards nicht erfüllen, stellen in den skandinavischen Ländern oder in den Niederlanden ein wesentliches Instrument zur Verminderung des Schadstoffeintrags in der Luft dar. London und Stockholm sind jüngst mit der Einführung der City-Maut hervorgetreten.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Bisher war nichts falsch!)

Die in den unterschiedlichen Ländern unterschiedlichen Maßnahmen stellen indes kein blindlings zu übernehmendes Allheilmittel dar. Sie sind Lösungen für jeweils örtlich oder regional auftretende umweltpolitische Herausforderungen. Was spricht also dagegen, auch bei uns im Ruhrgebiet auf eine sach- und fachbezogene sowie auf eine verhältnismäßige und vernünftige Lösung der Feinstaub- und Stickoxidproblematik abzustellen?

Nichts anderes nämlich unternimmt die Landesregierung für die Region Ruhr, die nach wie vor das wirtschaftliche Herz Nordrhein-Westfalens bildet, im Interesse der dort lebenden und arbeitenden Menschen und ihrer Gesundheit.

Der Verkehrssektor spielt dabei eine wichtige Rolle. Hafenwirtschaft, Schienenverkehr und Straßenverkehr sind für das Ruhrgebiet und darüber hinaus von äußerst großer Bedeutung. Alles sind veritable Feinstaub- und Stickoxidemittenten, wiewohl sich die Belastungswerte in den vergangenen Jahren insbesondere bei der Hintergrundbelastung deutlich verringert haben. Vor allem der Straßenverkehr bietet die schnellsten Möglichkeiten, einen Teil der Emissionsspitzen in den am stärksten belasteten Gebieten wegzunehmen.

Unter Vorsorge- und Wirksamkeitsgesichtspunkten könnte eine ganz Nordrhein-Westfalen oder gar noch größere Gebiete umfassende gigantische Umweltzone hilfreich erscheinen. Doch das ist realitätsfern und lebensfremd. Denken Sie allein an die Möglichkeiten, die mit der Auszeichnung Essens als Kulturhauptstadt 2010 für das Ruhrgebiet verbunden sind, die Besucherströme von außen ins Ruhrgebiet ziehen wird – und niemand kommt rein.

Sehr geehrte Frau Schulze, Sie sprachen eben von dem Bochumer Auszubildenden aus dem Süden. Was ändert sich für ihn durch Ihren Vorschlag? – Es würde sich eines ändern – ich zitiere aus dem Bericht des Kraftfahrtbundesamtes –: Wir haben in Nordrhein-Westfalen 1,57 Millionen PKW. Davon würden 300.000 Fahrzeuge von jetzt auf gleich stillgelegt werden müssen. Der arme Junge könnte seinen Ausbildungsort nicht mehr erreichen. Das wäre die Folge Ihrer Maßnahme.

(Beifall von der CDU – Thomas Eiskirch [SPD]: Was für ein Quatsch!)

Gerade der Alltag zeigt doch, dass die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Lande Lösungen erfordert, die einerseits nachvollziehbar sind und andererseits die Existenz der Menschen im Ruhrgebiet nicht gefährden. Es ist deshalb notwendig und ökonomisch sinnvoll, Fahrverbote für umweltschädliche Fahrzeuge dort auszuweisen, wo nachweislich die Umweltbelastungen das vertretbare und gesetzliche Maß deutlich überschreiten. Aber es wird Ausnahmeregelungen geben müssen, um etwa kleinen handel- und gewerbetreibenden Unternehmen die Möglichkeit zur schrittweisen Erneuerung ihres Fuhrparks zu lassen. In diesem Zusammenhang ist es selbstverständlich, dass hierbei keine besondere Bürokratie entstehen darf.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Meine Damen und Herren von der Opposition, lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Die Koalition zieht im Interesse der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger an einem Strang.

(Beifall von der FDP)

Das Wohl und die Gesundheit der Bürger im Ruhrgebiet stehen für CDU und FDP an erster Stelle.

(Beifall von CDU und FDP)